



ZÜRICH

## News

## POLITIK

## Ehemaliger Zürcher SVP-Präsident Langhart tritt CVP-Fraktion bei

Der parteilose Kantonsrat Konrad Langhart ist der CVP-Fraktion beigetreten. Dies gab der ehemalige Präsident der SVP des Kantons Zürich gestern bekannt. Die CVP-Fraktion ist nun mit neun Stimmen im Kantonsparlament vertreten. Mit dem Beitritt von Langhart, der einen Biohof in Oberstammheim bewirtschaftet, werde das Fachwissen der CVP-Fraktion in den Bereichen Landwirtschaft, Ökologie, Biodiversität und Umweltschutz gestärkt, schreibt die Partei. Langhart bleibe vorerst parteilos. Zu gegebener Zeit werde er sich einen Parteiübertritt überlegen, heisst es in der Mitteilung. Im Dezember 2019 gab Langhart nach 33 Jahren SVP-Mitgliedschaft seinen Parteiaustritt bekannt. Dabei sparte er nicht mit Kritik. Er könne die aktuelle Ausrichtung der SVP nicht mehr mittragen, sagte er. (sda)



## KANTONS-RAT

## EDA-Initiativen zu Sexualdelikten finden keine Mehrheit

Der Zürcher Kantonsrat hat gestern gleich drei Initiativen der EDU abgelehnt. Diese forderten, dass bei schweren Sexualdelikten den Beschuldigten kein «Mengenrabatt» mehr gewährt werde und dass bei Sexualdelikten an Kindern eine zwingende Verwahrung geprüft werden solle. Ausserdem sollte die Öffentlichkeit noch besser vor gefährlichen Straftätern geschützt werden. Dem Rat gingen allerdings sämtliche drei Initiativen zu weit. Keine erhielt die nötigen 60 Stimmen für die Weiterleitung an die Justizkommission. (sda)

INSERAT

**rhomberg**

Erlebe besondere Familienferien  
Direkt ab Altenrhein

Menorca, Lefkas & Epirus, Kefalonia, Kalabrien sowie – Korsika ab Zürich und Memmingen

1. Kind reist für CHF 110,-  
Gültig in ausgewählten Feriendomizilen und bei Neubuchung vom 01.02. bis 29.02.2020

Buchen: [www.rhomberg-reisen.ch](http://www.rhomberg-reisen.ch)  
Experten beraten: 0800 800 892  
oder in Ihrem Reisebüro  
Rhomberg Reisen GmbH · Eisengasse 12 · A-6850 Dornbirn



Ein häufig anzutreffendes Bild in der Seeregion. Elterntaxis haben gleich mehrere Nachteile.

Symbolbild Keystone

## Vier Gemeinden lancieren Kampagne gegen Elterntaxis

Männedorf, Meilen, Stäfa und Uetikon haben sich für eine Kampagne zusammengetan. Das Ziel von «Cool Kids – z' Fuess id Schuel»: Die Schüler sollen den Schulweg möglichst zu Fuss zurücklegen.

von Regula Lienin

**B**lechlawinen vor Schulhäusern sind rund um den See ein gängiges Bild: Viele Eltern fahren ihre Kinder zur Schule und sorgen für verstopfte Strassen und verbotene Parkierungsmanöver. Das Problem ist so gross, dass Schulen Eltern sensibilisieren oder die Gemeindepolizei – wie im Fall von Richterswil – aktiv wird. Diese hat im letzten Sommer mit humorvollen Tafeln auf das Parkverbot vor Schulhäusern aufmerksam gemacht.

Im Bezirk Meilen lancieren nun im Frühling vier Gemeinden gemeinsam eine Kampagne zum Thema elterliche Chauffeurdienste. Dies berichtete die «NZZ». Unter dem Motto «Cool Kids – z' Fuess id Schuel» soll Erst- bis Fünftklässlern schmackhaft gemacht werden, zu Fuss zur Schule zu gehen. Die Idee: Auf Plakaten und einer Website zeigen Schul-

kinder, was sie alles auf dem Schulweg erleben können.

## Initiantin aus Uetikon

Initiantin der Kampagne ist Marianne Röhrich, Uetikons Sicherheitsvorsteherin (parteilos). Sie erachtet das Verkehrsaufkommen rund um Schulhäuser schon länger als problematisch. «In Uetikon liegen sie nah beieinander. Wir haben hier einen klassischen Anhalterverkehr, der sich zu bestimmten Zeiten summiert», sagt sie. Das führe dazu, dass auf zwei Parkfeldern plötzlich gefühlte zehn Autos stünden. Die Folge seien ge-

«Auf zwei Parkfeldern stehen plötzlich gefühlte zehn Autos.»

Marianne Röhrich  
Initiantin der Kampagne

fährliche Wendemanöver, die die zu Fuss gehenden Kinder gefährdeten.

Als die Mutter von zwei Kindern im Schulalter 2018 in den Gemeinderat gewählt wurde, sah sie die Gelegenheit gekommen, etwas zu unternehmen. Aktueller Stand ist, dass sich neben Uetikon auch Meilen, Männedorf und Stäfa an der Kampagne beteiligen. Vor den Sportferien finden in zwei der Gemeinden Fotoshootings mit Schulkindern statt. Von den Plakatwänden lächeln also dereinst Kinder aus der Region.

## Für Thematik sensibilisieren

Die Kampagne richtet sich an Schüler wie Eltern. Eltern werden mit Flyern von Experten vom Wert des Schulwegs überzeugt. Röhrich betont, dass sie nicht per se gegen Elterntaxis sei. «Manchmal liegt der Schulweg auch einfach auf dem Weg zur Arbeit. In solchen Fällen ist es naheliegend, das Kind gleich mitzunehmen.» Ihr gehe es

um die Sensibilität für die Thematik insgesamt. Zu den Kosten der Kampagne will die Uetiker Gemeinderätin noch nichts sagen. Denn Ziel ist es, dass sich weitere Gemeinden an der Kampagne beteiligen.

## Pilotprojekt am Obersee

Laut internationalen Studien sollen zudem Eltern mit höheren Einkommen ihre Kinder häufiger in die Schule fahren. Wo besonders viele Akademiker und Expats leben, sind die Elterntaxis deshalb ein Dauerthema. Aber nicht nur. So hat auch die Stadt Rapperswil-Jona 2016 ein Pilotprojekt auf Kindergartenstufe lanciert.

Hintergrund war das von der Unicef verliehene Label «Kinderfreundliche Gemeinde», mit dem sich die Stadt verpflichtete, ein besonderes Augenmerk auf die Schulwegsicherheit zu legen. Die Kinder lernten beim Projekt auf spielerische Art, sich auf dem Schulweg sicher zu fühlen.

## Die 56 Franken bleiben bestehen

Fahrzeuglenker und -lenkerinnen müssen im Kanton Zürich auch weiterhin für die obligatorische Fahrzeugkontrolle bezahlen. Der Kantonsrat hat die Gebühren nicht angetastet.

Bei den Gebühren für die obligatorischen Fahrzeugkontrollen erhebt in der Schweiz jeder Kanton unterschiedliche Gebühren. Eine parlamentarische Initiative von der SVP und der EDU verlangte die Aufhebung dieser Gebühren. Allerdings nur für die Fahrzeuglenker, deren Fahrzeuge bei der Kontrolle nicht bemängelt wurden.

Roland Scheck (SVP, Zürich) begründete die Initiative. Sie sei ein Beitrag zur Verkehrssicherheit. Ausserdem stelle der Gebührenerlass eine finanzielle Entlastung der Autofahrer dar.

## Viel oder wenig?

Cristina Wyss-Cortellini (GLP, Dietlikon) war mit dieser Argu-

mentation nicht einverstanden. Sie stufte den Wegfall der Gebühr als zu gering für eine finanzielle Entlastung ein. Der Betrag sei für die Fahrzeuglenkenden verkräftbar. Ausserdem flössen die Gebührengelder in den kantonalen Strassenfonds. Und dieser Fonds würden unter anderem neue Fahrradstreifen oder Strassenbahnen fi-

nanzieren. Eine Schmälerung des Strassenfonds hätte zur Folge, dass solche Projekte beeinträchtigt würden.

Die Ratsmehrheit folgte diesen Ausführungen. Der Gebührenerlass erhielt nur 47 Stimmen. Für die Überweisung an eine Sachkommission wären 60 Stimmen nötig gewesen. (sda)